

# HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

## TEIL I

HmbGVBl. Nr. 53		DIENSTAG, DEN 10. AUGUST	2021
Tag	Inhalt	Seite	
27. 7. 2021	Verordnung zur Änderung der VVZS-Abweichungsverordnung 2021 ..... 2030-1-41b	559	
27. 7. 2021	Fünfte Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für die Verwaltung und Benutzung der öffentlichen Wege, Grün- und Erholungsanlagen ..... 202-1-90	560	
3. 8. 2021	Verordnung zur Einrichtung des Innovationsbereichs „Passagenviertel III“ ..... 707-3-1	560	
3. 8. 2021	Zweite Verordnung zur Änderung laubahn-, ausbildungs- und prüfungsrechtlicher Vorschriften der Polizei Hamburg ..... 2030-1-28, 2030-1-30	563	
3. 8. 2021	Sechste Verordnung zur Änderung der Weiterübertragungsverordnung-Bau ..... 2130-1-4	564	
3. 8. 2021	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Führung des Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters ..... 315-20	566	

Angaben unter dem Vorschriftentitel beziehen sich auf die Gliederungsnummern in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

### Verordnung zur Änderung der VVZS-Abweichungsverordnung 2021 Vom 27. Juli 2021

Auf Grund der §§ 25 und 26 des Hamburgischen Beamtengesetzes vom 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 405), zuletzt geändert am 19. Dezember 2019 (HmbGVBl. S. 527), wird verordnet:

In § 1 Absatz 1 der VVZS-Abweichungsverordnung 2021 vom 2. März 2021 (HmbGVBl. S. 114) wird die Textstelle „Ende des Schuljahres 2020/2021“ durch die Textstelle „31. Januar 2022“ ersetzt.

Gegeben in der Versammlung des Senats,  
Hamburg, den 27. Juli 2021.

**Fünfte Verordnung  
zur Änderung der Gebührenordnung  
für die Verwaltung und Benutzung der öffentlichen Wege,  
Grün- und Erholungsanlagen**

Vom 27. Juli 2021

Auf Grund der §§ 2 und 10 des Gebührengesetzes vom 5. März 1986 (HmbGVBl. S. 37), zuletzt geändert am 3. Dezember 2019 (HmbGVBl. S. 437), und § 8 Absatz 3 Satz 4 des Bundesfernstraßengesetzes in der Fassung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1207), zuletzt geändert am 31. Mai 2021 (BGBl. I S. 1221), wird verordnet:

Einziges Paragraph

§ 2 Absatz 1 der Gebührenordnung für die Verwaltung und Benutzung der öffentlichen Wege, Grün- und Erholungsanlagen vom 6. Dezember 1994 (HmbGVBl. S. 385), zuletzt geändert am 1. Dezember 2020 (HmbGVBl. S. 671, 672), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 22 wird die Textstelle „31. Dezember 2021“ durch die Textstelle „31. Dezember 2022“ ersetzt.

2. Der Punkt am Ende der Nummer 22 wird durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 23 angefügt:

„23. im Zeitraum vom 1. Juni 2021 bis zum 31. Dezember 2022 durch Veranstaltungen, Nutzungen oder Aktivitäten, die im Rahmen des Hamburger Kultursommers beziehungsweise des Hamburger Neustartfonds City & Zentren öffentlich gefördert werden, auch soweit eine Gebührenfestsetzung bereits erfolgt ist; § 1 Absatz 4 bleibt unberührt.“

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 27. Juli 2021.

**Verordnung  
zur Einrichtung des Innovationsbereichs „Passagenviertel III“**

Vom 3. August 2021

Auf Grund von § 3 und § 8 Absatz 1 des Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren (GSED) vom 28. Dezember 2004 (HmbGVBl. S. 525), zuletzt geändert am 18. Juli 2017 (HmbGVBl. S. 225), wird verordnet:

§ 1

Innovationsbereich

Auf den Flächen, die in Anhang 1 optisch hervorgehoben sind, wird ein Bereich zur Stärkung der Innovation von Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren eingerichtet. In Anhang 2 sind die im Innovationsbereich belegenen Grundstücke aufgeführt.

§ 2

Ziele und Maßnahmen

(1) Mit der Festsetzung des Innovationsbereichs wird das Ziel verfolgt, den Einzelhandels- und Dienstleistungsstandort Passagenviertel zu stärken.

(2) Zur Erreichung dieses Ziels sind die folgenden Maßnahmen vorgesehen:

- a) zusätzliche Reinigungs- und Pflegeleistungen sowie Instandsetzungsmaßnahmen im öffentlichen Raum,
- b) Stellplatz- und Ladezonenmanagement,
- c) Pflege und Instandhaltung der Kübelbepflanzung,
- d) Einsatz eines Quartiersmanagements,
- e) Marketingmaßnahmen und Durchführung von Veranstaltungen,
- f) Betrieb der Weihnachtsbeleuchtung,
- g) Interessenvertretung für die Eigentümerschaft des Innovationsbereichs.

## § 3

## Aufgabenträgerin

Aufgabenträgerin ist die Zum Felde BID Projektgesellschaft mbH.

## § 4

## Gesamtaufwand

Der Gesamtaufwand nach § 7 Absatz 2 GSED, der die Obergrenze des der Aufgabenträgerin zu erstattenden Aufwands darstellt, beträgt einschließlich der Verwaltungspauschale nach § 5 3 992 933,32 Euro.

## § 5

## Verwaltungspauschale

Zur Deckung des Verwaltungsaufwands wird ein einmaliger Pauschalbetrag in Höhe von 20 000 Euro festgesetzt.

## § 6

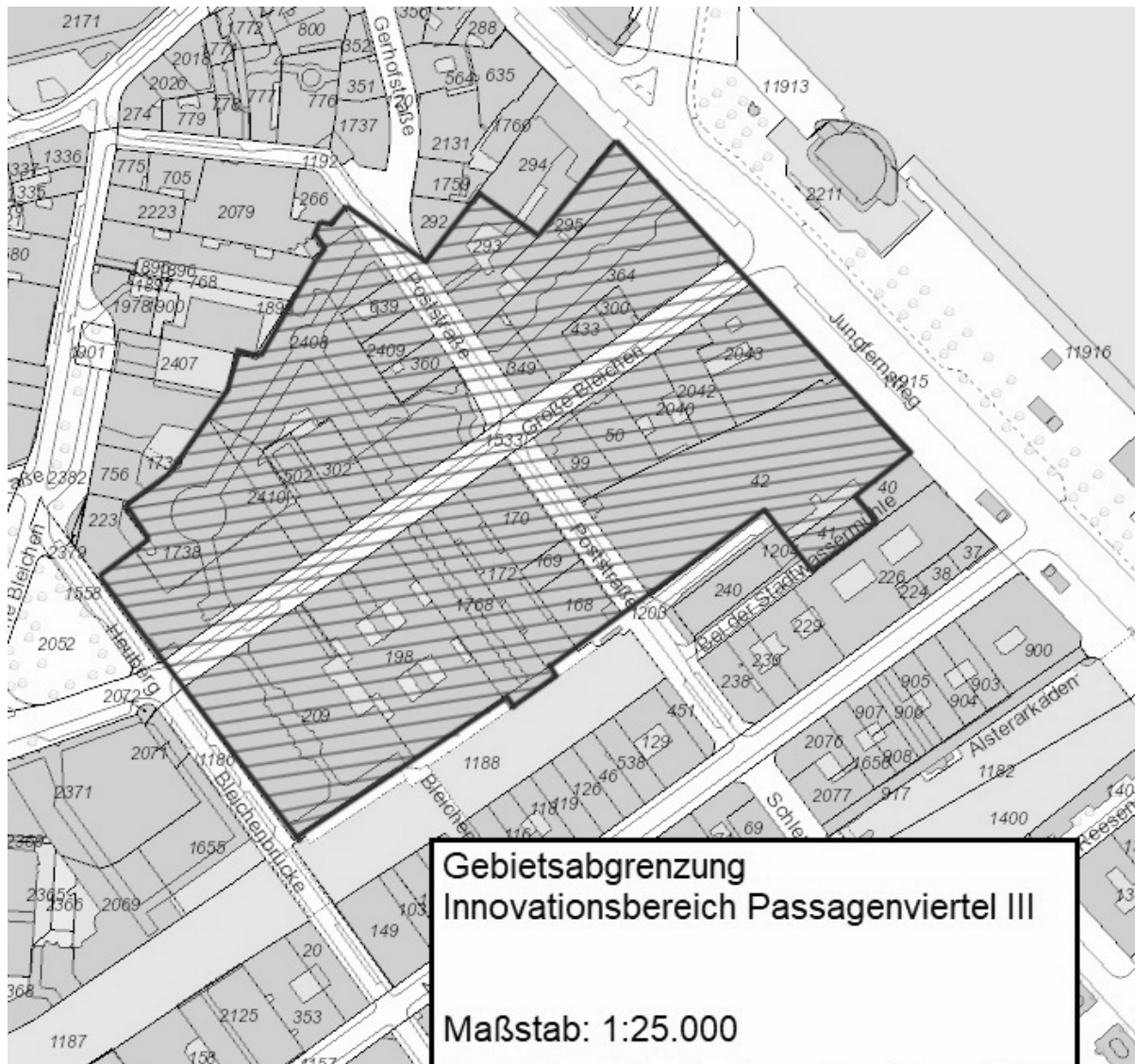
## Geltungsdauer

Diese Verordnung tritt am 17. August 2021 in Kraft und am 16. August 2026 außer Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 3. August 2021.

## Anhang 1



## Anhang 2

**Der Innovationsbereich Passagenviertel III umfasst folgende Grundstücke (ohne Straßenverkehrsflächen):**

<b>Num- mer</b>	<b>Belegenheit</b>	<b>Flurstücks- nummer</b>
1	Große Bleichen 2; Jungfernstieg 22, 25	2043
2	Bei der Stadtwassermühle ohne Nummer	41
3	Bei der Stadtwassermühle 6, 7; Große Bleichen 9; Jungfernstieg 15, 18, 20; Poststraße ohne Nummer	42
4	Große Bleichen 3	2042
5	Große Bleichen 5	2040
6	Große Bleichen ohne Nummer	50
7	Große Bleichen ohne Nummer; Poststraße ohne Nummer	99
8	Große Bleichen 10	300
9	Große Bleichen 12, 14	433
10	Große Bleichen 16; Jungfernstieg 26, 30	364
11	Große Bleichen 19; Poststraße 9a	172
12	Große Bleichen 21	1768
13	Große Bleichen 23, 25, 27	198
14	Große Bleichen 30; Poststraße 13, 15, 29, 31, 33, 35	2408
15	Poststraße 23	2409
16	Große Bleichen 31; Bleichenbrücke 10	209
17	Große Bleichen 32	302
18	Große Bleichen 34	502
19	Große Bleichen 36; Heuberg 2	1738
20	Große Bleichen 17; Poststraße 9, 9b, 11	168, 169, 170
21	Poststraße 12; Große Bleichen ohne Nummer	349
22	Poststraße 14, 16	293
23	Poststraße 17	360
24	Poststraße 25, 27	639
25	Große Bleichen ohne Nummer; nordöstlich Große Bleichen 36	2410

Gemarkung Neustadt-Nord, Bezirk Hamburg-Mitte

**Zweite Verordnung**  
**zur Änderung laufbahn-, ausbildungs- und prüfungsrechtlicher**  
**Vorschriften der Polizei Hamburg**

Vom 3. August 2021

**Artikel 1**

**Änderung der Verordnung über die Laufbahn  
der Fachrichtung Polizei**

Auf Grund der §§ 25 und 106 des Hamburgischen Beamtengesetzes vom 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 405), zuletzt geändert am 19. Dezember 2019 (HmbGVBl. S. 527), wird verordnet:

§ 7 Absatz 4 der Verordnung über die Laufbahn der Fachrichtung Polizei vom 9. November 2010 (HmbGVBl. S. 585), zuletzt geändert am 23. Juli 2019 (HmbGVBl. S. 224, 238), erhält folgende Fassung:

„(4) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte des Laufbahnabschnitts II haben innerhalb der Einheitslaufbahn im Rahmen des regelmäßigen Durchlaufens der Ämter Zugang zum Laufbahnabschnitt III, wenn sie

1. mindestens zwei unterschiedliche Verwendungen von jeweils mindestens zwölfmonatiger Dauer im höchsten Statusamt des Laufbahnabschnitts II durchlaufen,
2. in mindestens der letzten und einer weiteren Verwendung nach Nummer 1 ausweislich der jeweils letzten dienstlichen Beurteilung nach § 3 Absatz 2 Satz 1 das Potenzial für die Übertragung eines Amtes A13 im Laufbahnabschnitt III bescheinigt bekommen und im Gesamturteil Leistungen, die die Anforderungen in besonderem Maße übertreffen, gezeigt und
3. eine Qualifizierungsmaßnahme erfolgreich abgeschlossen

haben. Über die Zulassung zu der Qualifizierungsmaßnahme nach Satz 1 Nummer 3 entscheidet die zuständige Behörde im Rahmen eines Auswahlverfahrens unter den Bewerberinnen und Bewerbern, die die Voraussetzungen nach Satz 1 Nummern 1 und 2 erfüllen, nach Eignung, Leistung und Befähigung. In dem Auswahlverfahren wird festgestellt, ob die Bewerberinnen und Bewerber nach ihrer Gesamtpersönlichkeit und den bisherigen Leistungen, gemessen an den Anforderungen der künftigen Laufbahnaufgaben, für die Beförderung in die Ämter ab A13 im Laufbahnabschnitt III geeignet sind. Das Nähere über das Auswahlverfahren und die Durchführung der Qualifizierungsmaßnahme regelt die zuständige Behörde. Die Qualifizierungsmaßnahme nach Satz 1 Nummer 3 umfasst

1. eine mindestens sechsmonatige, bis zur Höchstdauer von zwölf Monaten verlängerbare Bewährung in einem Aufgabenbereich des Laufbahnabschnitts III, die mit einem Fachvortrag vor der Leitung der Polizei abgeschlossen wird, und

2. die Teilnahme an insgesamt vier Fortbildungsveranstaltungen zu den drei Fachgebieten
  - a) Führung, Organisations- und Wirtschaftswissenschaften,
  - b) Polizeiliches Management,
  - c) Rechts- und Sozialwissenschaften;mindestens zwei Veranstaltungen sind an der Deutschen Hochschule der Polizei abzuleisten; jedes Fachgebiet ist mit mindestens einer Fortbildungsveranstaltung abzudecken.“

**Artikel 2**

**Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung  
für die hamburgischen Polizeivollzugsbeamtinnen  
und Polizeivollzugsbeamten im Laufbahnabschnitt II**

Auf Grund der §§ 26 und 106 des Hamburgischen Beamtengesetzes vom 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 405), zuletzt geändert am 19. Dezember 2019 (HmbGVBl. S. 527), wird verordnet:

§ 16 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die hamburgischen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten im Laufbahnabschnitt II vom 23. Juli 2019 (HmbGVBl. S. 224, 230) wird wie folgt geändert:

1. Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Auf andere Weise als durch ein Studium erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten sind in einem Umfang von bis zur Hälfte auf die insgesamt im Studiengang zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen anzurechnen, wenn und soweit jene diesen unter Berücksichtigung der polizei-spezifischen Ausrichtung des Studiums nach Inhalt, Umfang und in den Anforderungen entsprechen.“

2. Absatz 3 Satz 2 wird gestrichen.

**Artikel 3**

**Schlussbestimmung**

Auf Grund der in den Präambeln der Artikel 1 und 2 genannten Rechtsvorschriften wird ferner verordnet:

Hat eine Polizeivollzugsbeamtin oder ein Polizeivollzugsbeamter des Laufbahnabschnitts II zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung einen dem Laufbahnabschnitt III zugeordneten Dienstposten inne, können die Zeiten einer höherwertigen Verwendung auf diesem Dienstposten auf die Bewährung nach § 7 Absatz 4 Satz 5 Nummer 1 der Verordnung über die Laufbahn der Fachrichtung Polizei in der am 11. August 2021 geltenden Fassung angerechnet werden.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 3. August 2021.

## Sechste Verordnung zur Änderung der Weiterübertragungsverordnung-Bau

Vom 3. August 2021

Auf Grund von § 7 Absatz 1 in Verbindung mit § 6 Absatz 1 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 30. November 1999 (HmbGVBl. S. 271), zuletzt geändert am 26. Juni 2020 (HmbGVBl. S. 380, 383), wird verordnet:

### Einziges Paragraph

Die Weiterübertragungsverordnung-Bau vom 8. August 2006 (HmbGVBl. S. 481), zuletzt geändert am 20. Februar 2020 (HmbGVBl. S. 148, 155), wird wie folgt geändert:

1. In § 5 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Die Befugnis zur Feststellung von Bebauungsplänen im Bereich des Vorbehaltsgebietes „Science City Hamburg Bahrenfeld“ nach Anlage 4 wird bis zum 31. Dezember 2040 auf den Senat zurück übertragen.“

2. Es wird folgende Anlage 4 angefügt:

#### „Anlage 4

##### Abgrenzung Vorbehaltsgebiet Science City Hamburg Bahrenfeld

Der Geltungsbereich für das Vorbehaltsgebiet „Science City Hamburg Bahrenfeld“ umfasst im Nordwesten das Gewerbegebiet am Rugenbarg und verläuft entlang der Luruper Hauptstraße bis über den Knotenpunkt am Ebertplatz. Westlich der Luruper Hauptstraße liegen im Vorbehaltsgebiet das Gelände des DESY, der Lise-Meitner-Park, der Friedhof Groß Flottbek sowie die angrenzenden Gewerbeflächen. Östlich der Luruper Hauptstraße umfasst das Vorbehaltsgebiet die Trabrennbahn und die Flächen zwischen Kielkamp und Altonaer Volkspark bis zur BAB 7 und östlich der BAB 7 die Flächen zwischen Holstenkamp und dem Gewerbegebiet Schnackenburgallee bis zum Knotenpunkt Bornkampsweg/Holstenkamp/Schnackenburgallee. Südlich des Holstenkamps liegen Teile des Friedhofs Holstenkamp und der angrenzenden Kleingärten bis zum Jüdischen Friedhof an der Regerstraße im Geltungsbereich des Vorbehaltsgebietes (Bezirk Altona, Ortsteile 215, 216, 217 und 220).

Das Vorbehaltsgebiet wird wie folgt begrenzt:

Ostgrenze des Flurstücks 6578 (Flurstraße), über das Flurstück 6561 (Rugenbarg), Nordgrenze des Flurstücks 6561 (Rugenbarg) der Gemarkung Osdorf, Nordgrenze des Flurstücks 12 (Rugenbarg), über das Flurstück 11 (Böttcherkamp) der Gemarkung Groß Flottbek, Nordgrenze des Flurstücks 5626 (Rugenbarg), Nord- und Nordostgrenze des Flurstücks 5627 (Luruper Hauptstraße), Nordwest- und Nordostgrenze des Flurstücks 5164, Nordostgrenzen der Flurstücke 5163 und 2846, Nordwestgrenze des Flurstücks 3431, Nordwest-, Nordost- und Südostgrenze des Flurstücks 4763, Südostgrenze des Flurstücks 3431, Nordostgrenzen der Flurstücke 855 und 856, Nordwest- und Nordostgrenze des Flurstücks 3694, Nordostgrenze des Flurstücks 3695, Nordost- und Südostgrenze des Flurstücks 5183, über das Flurstück 846, Nordostgrenzen der Flurstücke 857, 858, 859, 860, 861 und 862 der Gemarkung Lurup, Nordostgrenzen der Flurstücke 171, 4375, 3617, 174, 175, 176, 177, 178 und 179 der Gemarkung Groß Flottbek, Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 1752, Ostgrenze des Flurstücks 3401, Nordwest- und Nordostgrenze des Flurstücks 1751, über das Flurstück 4252 (Stadionstraße), Nordostgrenzen der

Flurstücke 1749, 1748 und 3409, über das Flurstück 3720, Nordostgrenze des Flurstücks 3254 (Trabrennbahn), über das Flurstück 3720, Nord- und Nordwestgrenze des Flurstücks 1767 (August-Kirch-Straße), über das Flurstück 1767 (August-Kirch-Straße), Nordgrenze des Flurstücks 1771 (Schulgartenweg), Nordwestgrenze des Flurstücks 4246, nordwestlich und nordöstlich über das Flurstück 1769, Nordwestgrenze des Flurstücks 4246, über die Flurstücke 4245, 4242 und 4241, über das Flurstück 1768 (Nansenstraße), Nordostgrenze des Flurstücks 1768 (Nansenstraße), Nordost- und Südostgrenze des Flurstücks 3090, Südostgrenze des Flurstücks 3092, über das Flurstück 2895 (BAB 7), Nordwestgrenzen der Flurstücke 4238 und 2893 der Gemarkung Bahrenfeld, Nordwestgrenzen der Flurstücke 3285, 3249 und 3247, über die Flurstücke 3247 und 3632, Ostgrenzen der Flurstücke 3287, 3285, 3292, 3283 und 3297 der Gemarkung Ottensen, Ostgrenze des Flurstücks 4238, Ost- und Nordgrenze des Flurstücks 4240 der Gemarkung Bahrenfeld, Nordgrenze des Flurstücks 3685, Nord- und Nordostgrenze des Flurstücks 3305 (Hogenfeldweg), Nordgrenzen der Flurstücke 2400, 2399, 2395 und 3095, über das Flurstück 2665 (Schnackenburgallee), Ostgrenze des Flurstücks 2665 (Schnackenburgallee), über die Flurstücke 5272, 5475, 5202 und 5474, über das Flurstück 2406 (Holstenkamp), Südgrenze des Flurstücks 2406 (Holstenkamp), Südostgrenze des Flurstücks 2014 (Bornkampsweg), über das Flurstück 2014 (Bornkampsweg), Süd- und Westgrenze des Flurstücks 2029 (Regerstraße), Westgrenzen der Flurstücke 2031 und 2032 der Gemarkung Ottensen, über das Flurstück 4259, Nord- und Westgrenze des Flurstücks 4259 der Gemarkung Bahrenfeld, Südgrenze des Flurstücks 2406 (Holstenkamp) der Gemarkung Ottensen, Südgrenze des Flurstücks 2897 (Holstenkamp), über das Flurstück 2897 (Holstenkamp), über die Flurstücke 3037 und 2895 (BAB 7), Südostgrenze des Flurstücks 3094, Ostgrenze des Flurstücks 1782 (Kielkamp), Ostgrenze des Flurstücks 4265, über das Flurstück 4265, Westgrenze des Flurstücks 4265, West- und Südgrenze des Flurstücks 1782 (Kielkamp), über das Flurstück 1767 (August-Kirch-Straße), über das Flurstück 1795 (Kielkamp), Südgrenze des Flurstücks 1795 (Kielkamp), über das Flurstück 3732 (Luruper Chaussee), Südostgrenze des Flurstücks 3732 (Luruper Chaussee), Ostgrenze des Flurstücks 1216 (Ebertallee), über das Flurstück 1216 (Ebertallee), Südgrenze des Flurstücks 1723 (Notkestraße) der Gemarkung Bahrenfeld, Südgrenze des Flurstücks 387 (Notkestraße), über das Flurstück 387 (Notkestraße), Westgrenzen der Flurstücke 3993 und 4094, West- und Südgrenze des Flurstücks 3895, Südgrenzen der Flurstücke 346, 3431 und 354, Westgrenzen der Flurstücke 354 und 3431, West- und Südgrenze des Flurstücks 3881, Süd-, Südwest- und Westgrenze des Flurstücks 3430, Südgrenze des Flurstücks 3897, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 336, Südgrenze des Flurstücks 337, Ost-, Süd-, West- und Südgrenze des Flurstücks 3893, Süd- und Westgrenze des Flurstücks 3894, Süd-, West-, Nord- und Nordwestgrenze des Flurstücks 3684, Südgrenze des Flurstücks 227,

über das Flurstück 2512 (Stiefmütterchenweg), Westgrenze des Flurstücks 2512 (Stiefmütterchenweg), über das Flurstück 2534 (Blomkamp), Nordgrenze des Flurstücks 2534 (Blomkamp), über das Flurstück 44 (Luruper Drift), Nord-, West- und Nordgrenze des Flurstücks 4239, Westgrenze des Flurstücks 4386 (Luruper Hauptstraße) der Gemarkung Groß Flottbek, Westgrenze des Flurstücks 5627 (Luruper Hauptstraße), Süd- und Südwestgrenze des Flurstücks 4858, Südostgrenzen der Flurstücke 185 und 1654, über das Flurstück 4765 (Böttcherkamp), Südwestgrenze des Flurstücks 4765 (Böttcherkamp) der Gemarkung Lurup, Südwestgrenze des Flurstücks 11 (Böttcherkamp), Ostgrenze

des Flurstücks 63 (Schreinerweg), über das Flurstück 63 (Schreinerweg), Südgrenze des Flurstücks 44 (Luruper Drift), südwestlich über das Flurstück 44 (Luruper Drift), Südgrenzen der Flurstücke 4190, 4188 und 2662, Ostgrenzen der Flurstücke 3248, 3242, 3345, 3754 und 3746, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 3611, über das Flurstück 27 (Kressenweg), Südgrenze des Flurstücks 3377, über das Flurstück 2261 (Akeleiweg), Westgrenze des Flurstücks 2261 (Akeleiweg) der Gemarkung Groß Flottbek, Südgrenze des Flurstücks 1247 (Schierlingsweg), über das Flurstück 6578 (Flurstraße) der Gemarkung Osdorf.“

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 3. August 2021.

---

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Staatsvertrages**  
**zwischen dem Land Berlin und der Freien und Hansestadt Hamburg**  
**über die Führung des Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters**  
Vom 3. August 2021

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Führung des Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters vom 27. April 2021 (HmbGVBl. S. 281) wird bekannt gemacht, dass der Staatsvertrag nach seinem Artikel 6 am 1. September 2021 in Kraft tritt.

Hamburg, den 3. August 2021.

**Die Senatskanzlei**